

# Landesjugendhilfeausschuss Mecklenburg-Vorpommern

## Protokoll

### der 26. Sitzung des 5. Landesjugendhilfeausschusses (LJHA) am 28.04.2011

**Ort:** Zentrum für Praxis und Theorie der Jugendhilfe – Schabernack  
e.V., Schabernack 70, 18273 Güstrow

**Beginn:** 09.30 Uhr

**Ende:** 13:30 Uhr

**Leitung :** Herr Heibrock, Vorsitzender

**Protokoll:** Frau Fenske, LAGuS M-V, Abt. Jugend und Familie/  
Landesjugendamt

### **Anwesenheit:**

Die Anwesenheitsliste der 26. Sitzung wird als Anlage dem Protokoll beigelegt.

### **Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Protokoll- und Beschlusskontrolle der 25. Sitzung
4. Arbeitszeit = Betreuungszeit, Diskussion der Ergebnisse der Arbeitsgruppe
5. Sachstand zur Umsetzung der Personalkostenprogramme Jugend- und Schulsozialarbeit, Ergebnisse der Onlinebefragung 2010 der Schulsozialarbeiter, Fortsetzung der Programme Jugend- und Schulsozialarbeit bzw. Lehrer in der Schulsozialarbeit
6. Umsetzung der Landkreisneuordnung – Auswirkungen auf die Jugendhilfe (ausgefallen)
7. Betreuungsformen für Mütter und Väter mit geistiger Behinderung und ihre Kinder – Diskussion des Abschlussberichts der AG
8. Beschlussvorlagen
  - 8.1 Betreuungsformen für Mütter und Väter mit geistiger Behinderung und ihre Kinder
  - 8.2 Empfehlungen zu § 8 a und 72 a SGB VIII
  - 8.3 Ad hoc-AG Rahmenvertrag, Aufnahme der Arbeit
  - 8.4 Arbeitszeit = Betreuungszeit
9. Berichte
  - 9.1 Bericht des Ministeriums für Soziales und Gesundheit
  - 9.2 Berichte der Vorsitzenden der UA des LJHA
  - 9.3 Bericht des Vorsitzenden des LJHA
  - 9.4 Bericht der Verwaltung der Abteilung 2 des LAGuS M-V (Landesjugendamt)
  - 9.5 Berichte der Mitglieder des LJHA
10. Sonstiges

## **TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung wird durch den Vorsitzenden eröffnet. Er begrüßt die Anwesenden. Die Beschlussfähigkeit des 5. Landesjugendhilfeausschusses ist noch nicht gegeben, anwesend sind 7 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern / Stellvertreter/innen. Da aber gemäß Anmeldung noch ein Mitglied erwartet wird, wird die Beschlussfähigkeit bei TOP 8 gegeben sein.

## **TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende bittet folgende Änderungen der Tagesordnung zur Kenntnis zu nehmen:

- Beschlussvorlage zu „Arbeitszeit = Betreuungszeit“ neu als TOP 8.4 aufnehmen (Die Beschlussvorlage wird durch Herrn Heibroek an die Anwesenden verteilt.)
- TOP 6 fällt aus, da die zuständigen Mitarbeiter/innen des Innenministeriums M-V verhindert sind. Das Thema wird auf die nächste Sitzung des LJHA verschoben.

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Wahlprüfsteine zurzeit im Unterausschuss „Grundsatzfragen / Jugendhilfeplanung“ überarbeitet werden und Thema der LJHA-Sitzung am 23.06.2011 sein werden.

## **TOP 3 Protokoll- und Beschlusskontrolle der 25. Sitzung**

Das Protokoll der 25. Sitzung wird bestätigt.

Die Beschlusskontrolle der 25. Sitzung wird bestätigt.

## **TOP 4 Arbeitszeit = Betreuungszeit, Diskussion der Ergebnisse der Arbeitsgruppe**

Herr Peters, der in der Arbeitsgruppe mitgearbeitet hat, stellt das Ergebnis der AG-Arbeit mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation vor.

In der anschließenden Diskussion wird erörtert, dass

- es sich um ein sehr gutes Material handelt, an dessen Erarbeitung ein breiter Teilnehmerkreis beteiligt war.
- es in M-V 1.750 Plätze in vollstationären Einrichtungen gibt und demzufolge ein um 1/3 höherer Personalbedarf als bisher bestehen würde.
- die Gesetzesänderung in anderen Bundesländern hinsichtlich der vollstationären Einrichtungen anscheinend noch nicht diskutiert wurde und noch keine vergleichbaren Daten bekannt sind.
- es das neue Arbeitszeitgesetz bereits seit 7 Jahren gibt, der Veränderungsprozess aber erst in Gange kam, als vor 4 Jahren erste Bußgeldverfahren eingeleitet wurden.
- es hinsichtlich der Umsetzung des Gesetzes in den vollstationären Einrichtungen eine Reihe von Problemen gibt, für die noch keine Lösungen ersichtlich sind (z. B.

stark erhöhte Personalkosten, Erhöhung der Personenzahl pro Wohngruppe würde fachlichen Grundsätzen widersprechen – soll familienähnlich sein, Aufbewahrungscharakter ist nicht im Sinne der Jugendhilfe usw.).

**TOP 5 Sachstand zur Umsetzung der Personalkostenprogramme Jugend- und Schulsozialarbeit, Ergebnisse der Onlinebefragung 2010 der Schulsozialarbeiter, Fortsetzung der Programme Jugend- und Schulsozialarbeit bzw. Lehrer in der Schulsozialarbeit**

Herr Wergin vom Ministerium für Soziales und Gesundheit M-V (SM M-V) erläutert den aktuellen Sachstand und gibt einen Ausblick auf die Möglichkeiten der Finanzierung des Programmes „Jugend- und Schulsozialarbeit“ ab 2014. Dazu verteilt er folgende Materialien an die Anwesenden:

- Gesamtauswertung 01.01.2008 bis 31.12.2010
- Personalkostenzuschüsse für Fachkräfte der Jugend- und Schulsozialarbeit HHJ 2011 bis 2013
- Zusammensetzung der Finanzierung, Stand 31.12.2010
- Umsetzung der Landesinitiative Jugend- und Schulsozialarbeit: Begleitprogramm „LehrerInnen in der Schulsozialarbeit“, Stand 21.03.2011
- Überlegungen: Folgefinanzierung der Schulsozialarbeit nach Beendigung der ESF-Förderung in 4 Varianten mit möglichen Auswirkungen auf die Landeshaushalte ab 2014

Er führt aus, dass hinsichtlich der Inklusion Schulsozialarbeiter/Lehrer der Förderschulen zur Verfügung stehen. Es wäre zumindest ein vorübergehender Mehrbedarf zu erwarten.

Das Durchschnittsalter der Schulsozialarbeiter/innen ist relativ hoch, weil dieses Berufsbild für junge Absolventen/innen schwer fassbar und nicht lukrativ ist (Schulsozialarbeiter/in ist Einzelkämpfer). Das Berufsbild müsste mehr präsent gemacht werden. Absolventen/innen wählen lieber andere Aufgaben bei freien Trägern.

Die Finanzierungssicherheit ist bis 31.12.2013 gegeben. Wie es weiter geht, ist fraglich. Herr Wergin weist darauf hin, dass in den Materialien zur Finanzierung nach 2013 ausschließlich die Überlegungen der Fachabteilung im SM M-V abgebildet sind. Die Materialien sind noch nicht mit anderen zu beteiligenden Stellen abgestimmt. Weiterhin hat er nicht die S-Tabelle gewählt, weil die überwiegende Finanzierung durch das Land M-V erfolgen soll, außerdem werden sich die Zahlen im Verlauf der Abstimmungen sicher noch umfassend ändern.

Die Anstellung der Schulsozialarbeiter/innen sollte wie bisher überwiegend bei freien Trägern erfolgen. Dies hat sich bewährt. Die Finanzierung sollte auf sichere Grundlagen gestellt werden (evtl. § 6 Abs. 1 KJFG), damit entgegen der bisherigen Praxis langfristige Arbeitsverträge geschlossen werden können.

Folgende Fragen / Vorschläge werden durch die Anwesenden erörtert:

Welche fachlichen Bedenken gibt es hinsichtlich der Anstellung von Schulsozialarbeitern/innen bei öffentlichen Trägern? Antwort:

- keine direkten fachlichen Bedenken, aber
- Subsidiaritätsgedanke, Vorrang des freien Trägers
- Werte- und Zielorientierung des freien Trägers schlägt sich positiv in der Schulsozialarbeit nieder
- Anbindung beim freien Träger gibt Freiheit für gute Arbeit an der Schule
- zu enge Bindung an die Schule könnte dazu führen, dass der/die Schulsozialarbeiter/in Ausfallvertretung u. ä. Aufgaben ausführen muss
- Schulsozialarbeiter/in kann Probleme in der Schule nur frei ansprechen, wenn er unabhängig ist.

Ist Fortbildung für die Schulsozialarbeiter/innen eingeplant? Antwort:

- berufsbegleitend über das ganze Jahr
- Aufgabe wurde an die Kreise/kreisfreien Städte übergeben
- punktuelle Angebote durch Schabernack e.V.
- Bedarf wird abgedeckt

Von der Argumentation her sollte auch für Grundschüler ein Bedarf an Schulsozialarbeit festgestellt werden. Man sollte sich nicht nur auf das Argument der Inklusion beschränken.

Frau Lukas betont noch einmal, dass die Tabellen erste Überlegungen für die Zeit nach 2013 zeigen und noch nicht fachlich abgestimmt sind. Sie sind eher als Idee/Vorschlag zu sehen. Sie stellt in Frage, ob der Sachverhalt in das KJFG gehört und nicht eher in das Schulgesetz.

Frau Dr. Brockmann weist darauf hin, dass gesetzliche Regelungen viel Zeit brauchen und es deshalb gut ist, auf die anstehenden Probleme jetzt schon aufmerksam zu machen.

Herr Wergin übergibt folgende Materialien zur Online-Befragung an die Anwesenden:

- Musterzugang zur Online-Befragung der SchulsozialarbeiterInnen in M-V 2010
- Auswertungen Schülerproblemlagen 2010
- Auswertungen Arbeitsschwerpunkte Schulsozialarbeit 2010

Er erläutert, dass sich jeder Interessierte mit Hilfe des Internet-Musterzuges direkt informieren kann. Die ausgereichten Übersichten sind nur beispielhaft. Das Thema sollte vor dem Hintergrund der Landtagswahlen 2011 im Blick behalten werden.

## **TOP 6      Umsetzung der Landkreisneuordnung – Auswirkungen auf die Jugendhilfe**

TOP entfällt

## **TOP 7      **Betreuungsformen für Mütter und Väter mit geistiger Behinderung und ihre Kinder – Diskussion des Abschlussberichts der AG****

Frau Bandow (Mitglied der Arbeitsgruppe) erläutert das Material anhand einer Powerpoint-Präsentation.

Folgende Fragen / Themen werden anschließend durch die Anwesenden erörtert:

Was bedeutet „Legalisierung der Bedarfe über einen Leistungstyp im Landesrahmenvertrag gem. § 79 SGB VIII“?

- gab eine Einrichtung, die nicht eindeutig zuzuordnen war - Zuordnung musste geklärt werden
- Jugendhilfe gem. § 34 SGB VIII, Eingliederungshilfe gem. § 53 transparent machen

Wie viele entsprechende Fälle gibt es in M-V?

- genaue Fallzahlen für M-V nicht bekannt, ca. 3 – 4 Fälle pro an der AG beteiligtem Kreis / kreisfr. Stadt
- Auslöser der Diskussion waren vor allem Stralsund und Rostock (regionaler Bedarf)

Hinweise von Frau Schild:

- Titel des Materials lässt anderen Inhalt erwarten
- umfangreiche Aufführung von Rechtsnormen / Problematik Vor- und Nachrang nicht ausreichend geklärt
- Regionalität ist nicht erwähnt, sollte angezeigt werden
- Mitglieder der Arbeitsgruppe sollten benannt werden, damit der Leser Ansprechpartner findet

Herr Schröder (LAGuS M-V) weist darauf hin, dass das Material einführenden Charakter hat und bedankt sich für die Hinweise.

## **TOP 8      **Beschlussvorlagen****

Die Beschlussfähigkeit des LJHA ist mit 8 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern / Stellvertreter/innen gegeben.

### **8.1      **Beschlussvorlage 01/26/11 - Betreuungsformen für Mütter und Väter mit geistiger Behinderung und ihre Kinder****

Die Beschlussvorlage wird in Nr. 2 ergänzt: „Der Landesjugendhilfeausschuss regt an, dass das Ergebnis der zeitweiligen Arbeitsgruppe an die öffentlichen Träger der Jugendhilfe, der Sozialhilfe **und den Kommunalen Sozialverband** in Mecklenburg-Vorpommern...“

Das Material soll durch die Übersicht der AG-Mitglieder ergänzt werden.

Die Beschlussvorlage wird einstimmig angenommen.

## **8.2 Beschlussvorlage 02/26/11 - Empfehlungen zu § 8 a und 72 a SGB VIII**

Frau Kaiser erläutert, dass die 2006 durch den LJHA beschlossenen Empfehlungen aufgrund aktuellen Änderungsbedarfes durch die Arbeitsgruppe überarbeitet wurden. Frau Schild ergänzt, dass auch Erkenntnisse aus dem Projekt „Praxisbegleitsystem“ Berücksichtigung fanden.

Das Material soll redaktionell berichtigt (angeführte Anlage B gibt es nicht) und durch eine Übersicht der AG-Mitglieder ergänzt werden.

Die Beschlussvorlage wird einstimmig angenommen.

## **8.3 Beschlussvorlage 03/26/11 - Ad hoc-AG Rahmenvertrag, Aufnahme der Arbeit**

Die Beschlussvorlage wird einstimmig angenommen.

## **8.4 Beschlussvorlage 04/26/11 - Arbeitszeit = Betreuungszeit**

Die Beschlussvorlage wird einstimmig angenommen.

## **TOP 9      Berichte**

### **9.1            Bericht des Ministeriums für Soziales und Gesundheit**

Frau Lukas berichtet, dass die Arbeit des Projektes „IBM-V“ nicht überall so positiv aufgenommen würde, wie erhofft. Sie schlägt deshalb vor, dass die gegenwärtig vorliegenden Projektergebnisse in den Jugendhilfeausschüssen der Kreise/kreisfreien Städte vorgestellt werden. Frau Lukas fragt an, ob der LJHA dieses Vorhaben unterstützen und dafür werben kann.

Im Ergebnis der Diskussion zu dieser Anfrage wird festgestellt, dass der LJHA dieses Vorhaben nicht unterstützen kann. Zurzeit gibt es nur einen Bericht-Entwurf, noch kein abgestimmtes Material. Die Entscheidung darüber, wann Projektergebnisse veröffentlicht werden, obliegt im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung den projektbeteiligten Kreisen und kreisfreien Städten.

Frau Lukas nimmt diese Entscheidung zur Kenntnis. Nach ihren Informationen lässt das Engagement einiger beteiligter Kreise / kreisfreier Städte an der Projektarbeit zu wünschen übrig. Dieses Problem sollte dann im Rahmen des Projektes mit den Beteiligten geklärt werden.

## **9.2 Berichte der Vorsitzenden der UA des LJHA**

Unterausschuss Kinder- und Jugendpolitische Grundsatzfragen/Jugendhilfeplanung  
Herr Hinze weist darauf hin, dass das Protokoll der letzten UA-Beratung der Einladung zur heutigen Sitzung beilag. Zurzeit arbeitet der Unterausschuss gemäß Auftrag des LJHA an den Wahlprüfsteinen.

## **9.3 Bericht des Vorsitzenden des LJHA**

Der Vorsitzende informiert darüber, dass inzwischen weiter am Kinder- und Jugendprogramm gearbeitet wird. Das LAGuS M-V/Abt. 2 LJA hat zum vorliegenden Entwurf eine Stellungnahme abgegeben. Der Vorsitzende hat sich dieser Stellungnahme im Namen des LJHA angeschlossen.

## **9.4 Bericht der Verwaltung der Abt. 2 des LAGuS M-V (Landesjugendamt)**

Frau Kaiser berichtet über das Projekt „IBM-V“. Zurzeit werden in den Vergleichsringen fachliche Themen bearbeitet und fachliche Diskussionen geführt. Es gibt ein gutes Feedback aus den Kreisen und kreisfreien Städten zum Projekt. Die konkreten Themen richten sich nach den aktuellen Bedarfen und werden durch die Teilnehmer/innen selbst festgelegt. Die Landkreise haben sich in zwei Untergruppen geteilt. Bei der Aufteilung haben sie sich an der Landkreis-Neuordnung orientiert.

Frau Kaiser informiert darüber, dass die 110. Sitzung der BAGLJÄ vom 23. bis 25.03.2011 in Chemnitz stattfand. Es liegt allerdings noch kein Protokoll vor. Dies wird zu gegebener Zeit nachgereicht. Thema dieser Sitzung war u. a. das Bundeskinderschutzgesetz.

## **9.5 Berichte der Mitglieder des LJHA**

Es gibt keine Wortmeldung der Mitglieder.

## **TOP 10 Sonstiges**

Vorschläge für die Tagesordnung der Sitzung am 23.06.2011 im LAGuS Neubrandenburg:

- Umsetzung der Landkreisneuordnung
- Wahlprüfsteine
- Bündnis Kinderschutz M-V
- Toolbox (Vorstellung geförderter Modellprojekte)
- Ergebnisse IBM-V
- Teilhabepaket

Herr Heibrock informiert darüber, dass ab sofort Frau Fenske für die Aufgaben der Geschäftsstelle des LJHA im LAGuS M-V/Abt. 2 LJA zuständig ist. Frau Fenske wird beauftragt, für die weiteren Sitzungen des LJHA am

- 08.09.2011
- 27.10.2011
- 08.12.2011

Tagungsorte zu binden.

Für das Protokoll

Für die Richtigkeit

Simone Fenske  
LAGuS M-V, Abt. 2 LJA

Friedhelm Heibrock  
Vorsitzender des 5. LJHA

Anlagen

1. Teilnehmerliste
2. Beschlusskontrolle